

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

65. Jahrgang

Berlin, den 31. August 1927

Nummer 70

X. Internationaler Buchdruckerkongress

Fünfter und sechster Verhandlungstag (12. und 13. August)

Die Diskussion über den Antrag Belgien, betreffend Gründung einer internationalen Widerstandsklasse, wird fortgesetzt.

Grundbacher hebt hervor, daß sich der belgische Verband seit seinem Wiedereintritt in die Internationale den Verhältnissen sehr gut angepaßt hat. Sein Vorstand steht im engsten Kontakt mit dem Sekretariat. Der Antrag auf Gründung einer internationalen Widerstandsklasse entspringt der Tendenz, die jetzt in solchen Internationalen vorherrschend ist, deren Verbände kein ausgebautes Unterstützungsweesen besitzen. Für unsre Internationale ist der belgische Antrag deshalb überflüssig, weil diese in ihrer heutigen Form schon die bestausgebaute internationale Hilfeleistung gewährleistet. Redner regt an, daß sich nach Abschluß der Diskussion über den belgischen Antrag zunächst die einzelnen Landesverbände auf ihren Verbandstagen mit der Sache beschäftigen mögen.

Seitz: Die deutsche Delegation ist für die Aufrechterhaltung weitestgehender internationaler Solidarität, sie lehnt aber die Gründung einer Widerstandsklasse ab. Die Erhebung erhöhter Beiträge für diesen Zweck würde vielleicht eher eine Schwächung als eine Stärkung unserer Internationalen zur Folge haben. Die internationale Solidarität ist bisher in zufriedenstellender Art ausgebaut worden. Eine weitere Erleichterung in dieser Beziehung ließe sich schaffen durch die Beilegung der statutarisch vorgeschriebenen Abstimmung unter den angeschlossenen Verbänden über die Hilfsnotwendigkeit. Die Entscheidung darüber könnte der Erweiterten Sekretariatskommission überlassen bleiben. Der belgische Verband hat anscheinend vergessen, sich die finanzielle Tragweite seines Antrags zu überlegen. Die Anregung Grundbacher, auf dem Umwege die Verbandstage zum Ziele zu kommen, lehnen wir ab. Wir sind bereit, jeden Beitrag zu leisten, der zur Bewältigung der Arbeiten und Ausgaben des Internationalen Sekretariats notwendig wird, aber für eine Ansammlung großer Fonds zu internationalen Widerstandszwecken sind wir nicht zu haben.

Barbel steht dem Gedanken einer internationalen Widerstandsklasse sympathisch gegenüber. Schon auf dem Hamburger Kongress hat er einen dahingehenden Standpunkt vertreten. Trotzdem ist er heute der Auffassung, daß bei der Promptheit, mit der bisher die Hilfeleistung erfolgte, die Schaffung einer Widerstandsklasse weniger dringend ist. Die Vergangenheit hat bewiesen, daß Hilfe in so ausgiebiger Weise erfolgte, daß man nur wünschen kann, es möge für die Zukunft, auch ohne Widerstandsklasse, ebenso bleiben.

Theunis konstatiert, daß die deutschen Kollegen stets für fast hunderttausend eingetreten sind. Um so verwunderlicher ist ihre Stellungnahme gegen eine internationale Widerstandsklasse. Das jetzige System ermöglicht es einzelnen Verbänden, ihre Pflicht zur finanziellen Hilfeleistung zu vernachlässigen. Bei einer festen Klasseneinrichtung würde sich das ändern. Im Prinzip sollte man daher dem belgischen Antrag zustimmen. Redner polemisiert sodann gegen Rothenstein. Belgien hat in organisatorischer Beziehung getan, was möglich war. Der Antrag gebietet es, sich vorher zu informieren, ehe man den Stab bricht über eine Bruderorganisation.

Rothenstein erwidert, daß seine Ausführungen falsch verstanden worden sind. Nichts hat ihm ferner gelegen, als eine Kränkung andrer. Redner begründet nochmals seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber einer Widerstandsklasse.

Seitz weist darauf hin, daß über die Schaffung einer internationalen Widerstandsklasse bereits seit 20 Jahren auf allen internationalen Buchdruckerkongressen beraten worden ist. Es kann also nicht der Eindruck entstehen, als wäre man leichtfertig über die Sache hinweggegangen. Gegenüber einer Äußerung Theunisses bemerkt Redner, daß der deutsche Verband im Falle einer Gesamtsperre mit ganz andern Abwehrmitteln rechnen müsse. Dieser sei denn auch fortgesetzt auf die Stärkung seiner eignen Klasse bedacht. In einer Kommissionsberatung wird sich bezüglich des belgischen Antrags ein Ausweg finden lassen.

Zusammenfassend betont Seitz, daß die internationale Solidarität der Buchdrucker bei Lohnkämpfen in hohem Maße bewährt hat.

Farka beantragt, der bereits eingesehten Kommission sämtliche Anträge zur Durchberatung zu überweisen, was nur vereinzelt auf Widerspruch stößt.

Es wird schließlich dem Antrag Farka gemäß beschloffen. Die Vertreter der verschiedenen Anträge sollen das Recht haben, in der Kommissionsberatung ihre Ansichten kundzutun.

Hierauf erhebt zu Punkt 7 der Tagesordnung „Die wirtschaftliche Lage und das Buchdruckergewerbe“ der für dieses Thema von der Sekretariatskommission beauftragte Referent, Kollege Nemecet, das Wort. Nach einem kurzen Hinweis auf die schon aus den bisherigen Verhandlungen hervorgetretenen Tatsachen und Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art für die Arbeiterchaft im Buchdruckergewerbe in internationaler Ausdehnung und der sich daraus für den Kongress ergebenden Notwendigkeit, sich mit den Wirtschaftsjagen ernstlich zu befassen, löste der Referent die ihm gestellte Aufgabe mit folgenden Darlegungen:

Der Weltkrieg hat uns allen ein Erbe hinterlassen, dessen Konsequenzen einige menschliche Generationen zu tragen haben werden. Die zerrüttete Wirtschaft der europäischen Staaten, die Arbeitslosigkeit und das ihr folgende Elend der Arbeiterchaft, das sind Erscheinungen, mit welchen wir zu kämpfen haben, und obwohl sich eine endlose Reihe von Ärzten anstrengt, ein Heilmittel zu finden, durch welches die Volkswirtschaft der europäischen und auereuropäischen Länder wieder zur Gesundheit gebracht werden soll, zeigen ihre Anstrengungen nur ein sehr geringes Resultat. Die Konsolidierungspolitik der Staaten schreitet nur sehr langsam vorwärts, und es wird voraussichtlich noch sehr lange dauern, ehe das Wirtschaftsleben der Staaten wieder in normale Weise gebracht wird.

Als Ursachen dieser unersetzlichen wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht nur die durch den Weltkrieg verursachten ungeheuren Schulden, die Vernichtung der gesamten internationalen Beziehungen und Verlust von Absatzgebieten für Industrieerzeugnisse anzusehen, deren Wiedergewinnung eine sehr lange Zeit wieder erfordern wird, sondern auch die Schwankungen der Baluten einzelner Länder, welche eine Unsicherheit für die Erzeugung nach sich ziehen, die erschwerte Möglichkeit, ja sogar in manchen Fällen die vollständige Unmöglichkeit der Gewährung von Krediten. Das alles sind Dinge, welche sich den Bestrebungen nach Wiederherstellung der Weltwirtschaft hinderlich in den Weg stellen.

Welchen Umfang die Weltwirtschaftskrise angenommen hat, welchen Schwankungen die Wirtschaftsverhältnisse ausgesetzt sind und welchen Einfluß die bestehende Krise auf die Beschäftigung der Arbeiter auszuüben vermag, davon liefern uns den besten Beweis die von dem Internationalen Arbeitsamt in Genf gesammelten Daten, welche in dem Bericht des I.A.M. für das Jahr 1926 enthalten sind. Diese Ziffern ermöglichen eine Vergleichung der Verhältnisse im Jahre 1926 mit denen des Jahres 1926 und lassen erkennen, daß sich die Lage auf dem Arbeitslosenmarkt verschlechtert hat in Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Neuseeland, Schweden, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Es ergibt sich daraus zusammen eine Armee von 10 000 000 Arbeitern und Arbeiterinnen, welche bereit sind zu arbeiten, jedoch nicht arbeiten können, weil ihnen die Arbeitsmöglichkeit fehlt — welcher Verlust an Arbeitsenergie, welcher großes Wert könnte mit dieser Arbeiterarmee vollbracht werden! Diese ungeheure Ziffer ist aber keineswegs endgültig. Der überwiegende Teil dieser Arbeitslosen hat noch für seine Familienangehörigen zu sorgen, seien es das Weib, die Kinder oder die Eltern. Das Los dieser Familienangehörigen ist mit dem Lose ihres Ernährers eng verknüpft, und man kann deshalb, ohne zu übertreiben, behaupten, daß an diesen zehn Millionen Arbeitslosen mindestens weitere zehn Millionen Familienangehörige wirtschaftlich interessiert sind.

Über diese Arbeitslosen wird nicht nur Arbeiter, sie sind auch Konsumenten. Die Erwerbslosigkeit bedeutet die Einschränkung der Lebensbedürfnisse in jeder Hinsicht, also nicht nur der Erwerbslosen selbst, sondern auch derjenigen, denen der Arbeitslose Ernährer war. Wenn aber zwanzig Millionen Leute ihre Bedürfnisse einschränken müssen, dann muß es unbedingt auch im Handel und in der Erzeugung zu spüren sein, und es ist deshalb logisch, wenn die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen mit an erster Stelle jener Ursachen angeführt werden, welche als Ursprung der heutigen Wirtschaftskrise genannt sind.

Die Gesamtheit der Staaten der Welt ist gemeinsam mit den Industrieländern und Wirtschaftskreisen in den letzten Jahren bestrbt, die Wirtschaftskrise zu bekämpfen und ihr mit allen zu Gebote stehenden Mitteln beizukommen. Eines dieser von der Mehrzahl der Staaten mit Vorliebe angewendeten Mittel ist der Schutz des einheimischen Marktes

gegen die Konkurrenz der fremden Ware im Wege der hohen Zölle, mit welchen die eingeführten Waren belegt werden. Durch diese Maßnahme kann wohl die einheimische Produktion bis zu einem bestimmten Grade geschützt werden; nachdem aber dieser Produktion die Konkurrenz fehlt, mißbraucht sie alsbald ihre Monopolstellung im Lande und diktiert nach Belieben die Preise gerade jener Bedarfsartikel, auf welche die breitesten Konsumentschichten angewiesen sind. Diese durch nichts als nur durch Profitgier diktierte Preissteigerung ist aber nicht allein die Folge der Schutzpolitik der Staaten. Gegen diese Politik des einen Staates ergreifen die andern Staaten ihre Gegenmaßnahmen und machen ebenfalls durch hohe Zölle die Zufuhr jener Waren unmöglich, welche auf die Ausfuhr ins Ausland gerade angewiesen sind. So häufen sich Vorräte in den einzelnen Ländern an; die Arbeiter werden infolge Arbeitsmangels entlassen; dem freien Handel und dem Warenaustausch werden eiserne Schranken gelegt, welche Schritt für Schritt die Industrie und den Handel vollkommen lahmlegen. Daraus ist zu erleben, daß die Schutzpolitik der Staaten nicht in der Lage ist, eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt herbeizuführen, sondern daß diese Politik die bestehenden Verhältnisse nur noch mehr verschlimmert.

Die Gesamtheit der Volkswirtschaft der Welt ist sich dahin einig, daß eine Regelung der bestehenden Verhältnisse nur durch fleißige, ausdauernde Arbeit, durch vernünftig geregelte Distribution der Ware und durch Sparlichkeit auf allen Seiten herbeigeführt werden kann. Das bedeutet mit andern Worten, daß die Rettung nur aus den Schwülen und dem Schweige des Arbeiters hervorgehen kann, und daß es wiederum nur die Arbeiter sein sollen, auf deren Rechnung die zusammengefallene Weltwirtschaft wieder hergestellt werden soll. Das erleben wir deutlich aus dem Umstände, wie freudig dieses Prinzip von den Unternehmern aufgefunden worden ist, und wie auch tatsächlich diese Unternehmer durch Ausnutzung des technischen Fortschritts, durch die Verbesserung der Arbeitsmethoden, durch Herabsetzung der Löhne und durch Verlängerung der Arbeitszeit die Möglichkeit suchen, sich für jene Verluste zu entschädigen, welche ihnen durch die Wirtschaftskrise zugefügt wurden.

Gegen derartige Methoden müssen wir uns ganz energisch zur Wehr setzen und klar und offen erklären: Derjenige, der da meint, daß die Arbeiterchaft bereit ist, zur Sanierung der durch das Verschulden der Kapitalisten vertrachteten Weltwirtschaft die eigne Haut auf den Markt zu tragen, der irt sich gewaltig! Die Arbeiter sind bereit und willig, durch ihre fleißige Arbeit die Grundlagen ihrer Existenz zu sichern, können aber nicht ertragen, daß die Sanierung der Weltwirtschaft auf ihre ausschließliche Rechnung geht. Die Unternehmungskreise müssen es sich endlich angewöhnen, sich mit einem angemessenen bürgerlichen Profit zufriedenzugeben, wie er vor dem Kriege üblich war, und dürfen nicht Kapitalisten über Kapitalisten sammeln, welche ihnen ein leichtes und angenehmes Leben sichern sollen. Kurz: die Unternehmungskreise sind ebenfalls verpflichtet, der Wiederherstellung der Weltwirtschaft Opfer zu bringen.

Die Arbeiterchaft wird sich mit aller Entschiedenheit gegen alle jene Bestrebungen der Unternehmer stellen, durch welche sie um die Errungenschaften der Sozialpolitik, welche der Arbeiterchaft den Achtstundentag gegeben hat, gebracht werden soll, und sie wird sich auch ganz entschieden dagegen zur Wehr zu setzen wissen, daß die Verbesserung der Arbeitsmethoden auf Rechnung der Beschäftigung der Arbeiterchaft vor sich geht. Der technische Fortschritt und die Rationalisierung der Erzeugung sollen lediglich zur Erleichterung der Arbeit des Arbeiters dienen, dürfen jedoch die Arbeitslosigkeit nicht noch mehr steigern. Die Arbeiterchaft muß sich kraft der Gewerkschaften in allen Ländern der Welt dafür einsetzen, daß der Achtstundentag nicht nur eingeführt, sondern von den geschlechden Körperchaften auch ratifiziert wird im Sinne der Washingtoner Konvention vom Jahre 1919, um eine Grundlage zu schaffen für die weitere Verkürzung der Arbeitszeit unter acht Stunden täglich, welche notwendig sein wird, wenn die großen Massen der Arbeitslosen wiederum beschäftigt werden sollen. Es ist eine traurige, aber feststehende Tatsache, daß die Konvention betreffend den Achtstundentag, obwohl sie von seiten der Internationalen Arbeitskonferenz bereits im Jahre 1919 angenommen worden, bis zum heutigen Tage nur von einem ganz geringen Teile der Staaten ratifiziert worden ist. Die Arbeiterchaft hat bisher auf ihre Staatsverwaltungen nicht den genügenden Druck ausgeübt, daß die Ratifikation dieser Konvention durchgeführt werde, da man sich oft durch die Tatsache irreführen ließ, daß in dem betreffenden Lande der Achtstundentag bereits eingeführt ist. Es wird aber oft übersehen, daß in den betreffenden Ländern auch Verweise existieren, auf welche sich der Achtstundentag nicht bezieht, und daß die Reaktion, welche fast in sämtlichen Staaten nun am Werke ist, die Möglichkeit hat, den Achtstundentag durch einen einfachen

Beschluß im Parlament entweder ganz zu beseitigen oder zu verschlechtern, wenn die Ratifizierung nicht durchgeführt worden ist. Das Ratifizieren der Washingtoner Konvention bedeutet also für die Arbeiter einen Schutz in dem Sinne, daß das Minimum der gesetzlichen Bestimmungen über den Achtstundentag, wie es in der Konvention enthalten ist, unter allen Umständen beibehalten werden muß. Nichts ist auf die Bestrebungen der Unternehmer hin aber auch die Arbeiter verpflichtet, den Fragen betreffend *Nationalität* und *Erzeugung* ihre erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und ihren ganzen Einfluß in jenen Institutionen geltend zu machen, welche sich mit den Fragen der Rationalisierung befassen, um damit auf diese Weise zu verhindern, daß die Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt wird.

Die Verminderung der Arbeitslosenziffer kann von Seiten der Arbeiter auch dadurch wirksam herbeigeführt werden, wenn der Frage der *Arbeitslosigkeit* das nötige Augenmerk zugewendet wird, und wenn dafür Sorge getragen wird, daß an Stelle der Leistung von überflüssigen Arbeitslosen eingestellt werden. Es ist eine fürchterliche Tatsache, daß zu gleicher Zeit, da die Arbeitslosenziffer die Höhe von zehn Millionen erreicht hat, da diese Arbeitslosen hungernd in den Straßen herumirren, die Zahl der überflüssigen von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen ist, und zwar auch in jenen Ländern, wo es auf Grund gesetzlicher Bestimmungen möglich wäre, die überflüssigen einzuschneiden. Die überflüssigenarbeit bedeutet eine schwere wirtschaftliche Schädigung der Arbeitlosen, indem ihnen Arbeitsgelegenheit genommen wird; sie macht aber auch das Prinzip des Achtstundentags gegenstandslos. Es ist deshalb keine Phrase, wenn wir bei dieser Gelegenheit die Arbeiterschaft im allgemeinen, unsere Kollegen aber im besonderen auffordern, sich liberaler und energischer gegen die Leistung von überflüssigen zu stellen und durch überflüssigen die Zahl der Arbeitslosen nicht zu vergrößern.

Im Zusammenhang mit diesen Erwägungen steht auch die Frage, wie in den einzelnen Staaten die *Arbeitslosigkeit* geregelt ist. Und hier soll konstatiert werden, daß die Frage der Unterstützung der Arbeitslosen aus öffentlichen Mitteln ein unangeneim trauriges Kapitel bildet, nachdem in den meisten Staaten die Arbeitslosen überhaupt nicht unterstützt werden und dort, wo eine Unterstützung eingeführt ist, die Höhe derselben sehr ungenügend ist. Es muß ohne weiteres festgestellt werden, daß, wenn es Gewerkschaftsorganisationen nicht geben würde, welche bekämpft sind, die Opfer der herrschenden Wirtschaftskrisen über Wasser zu halten, das Los der Arbeitslosen ein geradezu fürchterliches wäre.

Aus dieser Bestimmung ergibt sich für die Arbeiterschaft die Pflicht, den Einfluß der Gewerkschaften in den einzelnen Staaten dahin geltend zu machen, daß eine *Arbeitslosigkeit* vermindert werde, und daß die Arbeitslosen eine Unterstützung erhalten sollen, welche einem Existenzminimum gleichkäme. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die Arbeitslosen und ihre Familienangehörigen vor Not und Elend zu bewahren und in den einzelnen Staaten Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, welche die Hauptbedingung in der wirtschaftlichen Wiederaufbau sind. Diejenigen Faktoren, denen die Rettung der Staaten anvertraut ist, wie auch die kapitalistischen Kreise mögen sich dessen bewußt sein, daß es ihre Pflicht ist, jene Opfer der heutigen kapitalistischen Ordnung über Wasser zu halten, denen die Unternehmer keine Arbeit zu verschaffen vermögen.

Die Arbeiterschaft darf in den heutigen schwierigen Zeiten aber auch nicht vergessen, daß die Verhältnisse, in welchen wir leben, das Resultat jener Gesellschaftsordnung sind, welche in langen Jahrzehnten jene Gesellschaftsordnungen geschaffen haben, denen die Arbeiter bisher dienen und deren Wohlstand von den Arbeitern vermehrt wird. Diese Verhältnisse lassen sich nur durch eine planmäßige und zielbewußte Arbeit ändern, welche auf eine Umgestaltung der heutigen kapitalistischen Produktionswirtschaft hinzielt. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß die Tätigkeit eines jeden Arbeiters für die Aufrechterhaltung der menschlichen Gesellschaft eine ungeheure Bedeutung hat, aber daß trotzdem dem Arbeiter bisher keine Rechte eingeräumt worden sind, über seine Arbeit und über den aus ihr resultierenden Reinertrag mitzubestimmen und mitzuentcheiden. Für seine Arbeit bezieht der Arbeiter einen kargen Lohn, welcher kaum zum Leben ausreicht; über alles übrige haben andere Faktoren ohne Rücksicht auf den Arbeiter zu entscheiden. Aus diesem Grunde muß unser Bestreben dahin gehen, dem Arbeiter in der Produktion zu einem Mitentscheidungsrechte zu verhelfen, der ihm nach Recht gebührt.

Diese Aufgaben zu erfüllen, sind nicht nur die Arbeiter der ganzen Welt berufen, sondern es sind dies in allererster Reihe die Buchdrucker, welche an der Spitze der übrigen Arbeiterschaft zu stehen haben, insbesondere deshalb, weil es ihnen gelungen ist, sich in den meisten Staaten starke und mächtige Organisationen auszubauen, auf welche sie sich in ihren Kämpfen stützen können.

Auch bei uns gilt alles das, was über die Arbeiterschaft im allgemeinen gesagt worden ist. Auch in unserem Berufe herrscht in den einzelnen Staaten eine ungeheure Arbeitslosigkeit, und das Gesamtbild der unerkennlichen Wirtschaftslage spiegelt sich deutlich in unsern Verhältnissen ab. Aber mehr als in anderen Berufen spüren wir, wie die technische Entwicklung unsere Arbeitslosigkeit vermindert, sei es durch die Einführung von Schreibmaschinen, verbesserten Gieß- oder Druckmaschinen. Die Arbeitslosigkeit der Drucker in den meisten Ländern kann geradezu als katastrophal bezeichnet werden, und sie zwingt alle maßgebenden Kreise dazu, Mittel zu suchen, wie dieser Arbeitslosigkeit zu steuern wäre. Der Mittel, welche eine radikale Änderung der Verhältnisse auf unserm Arbeitsmarkt herbeizuführen in der Lage wären, gibt es nicht viele. Es ist dies in erster Linie die Einschränkung der Verdrängung und in weiterer Folge die Herabsetzung der Zahl von Druckmaschinen, welche von einem Maschinenmeister oder Drucker zu bedienen sind. Das Prinzip des Einmaschinenprinzips darf hier nicht außer acht gelassen werden, und wir müssen bei jeder Gelegenheit bemüht sein, diese Forderungen durchzusetzen.

Je länger aber die Arbeitslosigkeit dauert, und je mehr sie sich stabilisiert, desto mehr wird auch die Frage der weiteren Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund treten, wenn wir in der Lage sein sollen, alle unsere arbeitstollen Kollegen unterzubringen. Es könnte wohl eingewendet werden, daß die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit unter acht Stunden täglich in der heutigen Zeit, da in einzelnen Staaten oder bei einzelnen Arbeitskategorien noch nicht einmal die achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist, eine absurde sei. Dagegen möchte ich einwenden, daß es vor dem Kriege in ganz Europa die Buchdrucker waren, welche als Vorkämpfer für den Achtstundentag gepoltert haben, daß sie auf diesem Gebiete unter der übrigen Arbeiterschaft die meisten Erfolge zu verzeichnen gehabt haben und daß sie ihre Kämpfe um den Achtstundentag ebenfalls in einer Zeit führten, da die Erfüllung dieser Forderung schier unmöglich schien. Und doch schredten wir damals nicht zurück vor den Hindernissen, welche sich uns in den Weg stellten, und führten unsere Kämpfe so lange fort, bis wir den endgültigen Sieg an unsere Fahnen heften konnten.

Wenn wir jedoch die heutigen Verhältnisse und ihre wahrscheinliche Entwicklung in der Zukunft prüfen, dann müssen wir uns vergegenwärtigen, daß die Einführung der verkürzten Arbeitszeit unter acht Stunden täglich gar nicht so unmöglich ist. Wenn wir davon absehen, daß bereits vor dem Kriege einzelne Beamten- und Angestelltenkategorien eine achtstündige Arbeitszeit hatten, wenn wir auch nicht jene Verurteilung in Betracht ziehen, welche die bekannte Automobilfirma Ford in Amerika mit der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bei den Arbeitern unternimmt, so sind wir verpflichtet, allen jenen, welche eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit für unmöglich halten, die Frage zu stellen, wie sie sich die Abschaffung der Arbeitslosigkeit vorstellen, welche heute in allen Staaten herrscht und wie die Konfiskation der noch vorhandenen, wenn die heutigen Verhältnisse noch fortbauern werden. Wir müssen die Frage stellen: Was geschieht, bis das riesige Territorium von Japan und China mit 100 Millionen Einwohnern industriell erschaffen, bis die dort noch heute herrschende primitive Erzeugung und Arbeitsweise durch europäische oder gar amerikanische Arbeitsmethoden ersetzt wird und bis auch dort moderne Maschinen in der Industrie ihren Einzug halten werden und bis diese heute schon überfüllten Länder zu einer noch größeren Gefahr für Europa werden, als sie es heute schon sind. Wir müssen auch die Frage aufwerfen, was geschieht, bis auch jene Länder, welche heute noch auf die Zufuhr von diversen Industrierzeugnissen angewiesen sind, sich selbständig machen und ihren Bedarf aus Eigenem decken werden? Die Verwirklichung der Arbeitskräfte, welche früher im Wege der Auswanderung der Arbeiterschaft die Verhältnisse ausgeglichen hat, ist nicht nur heutzutage, sondern auch für die Zukunft immer schwieriger, ja unmöglich, und so ist auch nach dieser Seite hin keine Hoffnung auf Besserung vorhanden.

Die Entwicklung läßt sich heute natürlich nicht einmal annähernd voraussehen, aber mit Bestimmtheit kann heute schon gesagt werden, daß nicht die Verlängerung, sondern nur eine durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit der Erwerbslosen Arbeitsgelegenheit verschaffen kann. Es ist deshalb unsere Pflicht, auch hier wieder dahingehend zu wirken und jene Wege zu zeigen, welche zu gehen sein werden.

Wenn aber von der Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit die Rede ist, dann müssen wir auch in den Buchdruckereien unsere volle Aufmerksamkeit jenem Übel zuwenden, auf welches ich bereits hingewiesen habe, dem *Arbeitsdruck*, in welchem auch unter unsern Kollegen geführend wird. In der heutigen Zeit der Teuerung finden wir es zwar begreiflich, wenn hier oder dort bei den Kollegentreifen das Bestreben wach wird, sich durch überflüssigen den Lohn aufzubessern; aber obwohl dieses Bestreben zu verstehen ist, können doch nicht solche Erscheinungen zugelassen werden. Wir müssen den Standpunkt vertreten, daß durch eine jede überflüssige Arbeitslosen geschädigt werden und deshalb Wert darauf gelegt werden muß, daß an Stelle der überflüssigen Arbeitslosen eingestellt werden, und sei es auch nur auf ein oder zwei Wochen. Außerdem ist auch prinzipiell das Bestreben, sich durch überflüssigen das Einkommen zu erhöhen, zu verwerfen. In solchen Betrieben, wo sich infolge Platzmangels der Einstellung von Arbeitskräften Hindernisse in den Weg stellen sollten, ist die Einführung von Schichtwechsel den überflüssigen vorzuziehen.

Eine der vielen Ursachen von Arbeitslosigkeit unserer Kollegen sind auch die *Sachfabriken*, welche in einzelnen Ländern bestehen. Diesen Fabriken ist von Seiten unserer Kollegentreife nicht jene Aufmerksamkeit gewidmet worden, die sie verdient hätten, und heute sehen wir, daß sich aus ihnen ein ziemlich gefährlicher Schädiger unserer Interessen entpuppte. Durch ihre Tätigkeit ermöglichen solche Fabriken die Existenz einer ganzen Reihe von Druckereien, welche eine ziemliche Anzahl von Seheren zu beschäftigen gezwungen wären, die sie aber nicht beschäftigen, nachdem sie dieselben entbehren können. Das gleiche gilt auch von Fabriken, welche die Druckereien mit Stereotypmaterial für diverse Blätter beliefern. Auch die Tätigkeit dieser Fabriken schädigt die Buchdruckergewerkschaft in einem ziemlich hohen Maße, und es ist deshalb unsere Pflicht, nicht nur gegen diese Fabriken, sondern namentlich gegen ihre Vermehrung energisch anzukämpfen. Aus eigener Erfahrung sind uns Fälle bekannt, wo einzelne Organisationen rechtzeitig und energisch gegen die Lieferung von Satz und Matrizen an Betriebe eingeschritten sind und wo dieses Eingreifen von Erfolg gekrönt worden ist.

Eines der wichtigsten Kapitel unserer Bestrebungen ist die Frage der Beseitigung oder Einschränkung der *Nachtarbeit* in den Buchdruckereien. Der Begriff der Nachtarbeit ist nicht überall gleich. Er richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen oder ist durch den Kollektivvertrag präzisiert. In einzelnen Ländern ist die Nachtarbeit im allgemeinen zulässig, in anderen wieder nur für Betriebe und für Arbeiter, welche ausdrücklich hierzu ermächtigt sind. In der Mehrzahl der Fälle sind es in unserm Gewerbe Tagesblätter, welche nachts hergestellt werden, und nachdem die damit verbundene Arbeit manchmal bis in die

späten Nachmittagsstunden fällt, ist in den einzelnen Ländern die Forderung aufgestellt worden auf Beseitigung oder wenigstens Einschränkung der Nachtarbeit. Die Forderung nach gänzlicher Abschaffung der Nachtarbeit löst aber auf Hindernisse, welche nur im internationalen Rahmen behoben werden könnten. Hierzu wäre aber das gemeinsame Einvernehmen der gesamten Kollegentreife erforderlich, welches jedoch noch nicht erfolgt ist. Aus diesem Grunde kann nur die Frage der Einschränkung der Nachtarbeit in Ermägung gezogen werden. Eine solche Einschränkung ist ohne weiteres möglich, wie uns eine Reihe von Verbänden zeigt, welche durch ihre Kollektivverträge die Nachtarbeit auf bestimmte Stunden eingeschränkt haben, und es ist deshalb notwendig, daß sich alsbald die sämtlichen Verbände die Idee der Einschränkung der Nachtarbeit zu eigen machen, wenn die Frage der Beseitigung der Nachtarbeit aus dem Kreise theoretischer Erwägungen zur praktischen Lösung gebracht werden soll. Die möglichst gleichartige Lösung dieser Frage würde allerdings die vorherige Verständigung unter den Verbänden zur Voraussetzung haben, welche von Seiten des Internationalen Buchdruckersekretariats zu bewerkstelligen wäre. Im Zusammenhang mit dieser Frage steht auch unsere Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit für alle diejenigen Arbeiter, welche die Nachtarbeit leisten müssen. Eine solche Forderung ist gewiß voll und ganz begründet durch die anstrengende Arbeit der nachts beschäftigten Arbeiter. (Starker Beifall.)

Ehe in die Aussprache über dieses Referat und eine dazu vorgelegte Entschliessung eingetreten wurde, nahm der Kongress einen weiteren Vortrag über den *Stand der Technik im Buchdruckgewerbe* entgegen. Referent hierzu war Kollege *Höhne*. Der in Form eines Lichtbildervortrages in einem dazu besonders geeigneten Hörsaal der Sorbonne gebotene Überblick auf die neuesten technischen Erfindungen im Buchdruckgewerbe der ganzen Welt fand das größte Interesse aller Kongreßteilnehmer. Da der Referent seinen Vortrag nebst Kommentierungen zu den ihm zur Verfügung stehenden Lichtbildern in einem besonderen Aufsatze niedergelegt hat, werden wir den letzteren demnächst für sich zur Veröffentlichung bringen, um auch nach dieser Seite hin den Lesern ein möglichst vollständiges Bild von der Kongreßarbeit und ihren Verhandlungsgrundlagen zu geben.

In der darauf einsehenden Aussprache erklärte sich *Notenstein* im allgemeinen mit den beiden Referaten einverstanden. Es sei im Aufbaue unserer Organisationen alles zu tun, was im Hinblick auf die wirtschaftlichen und technischen Veränderungen erforderlich sei. In der Frage der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung sei die Ansicht zu bekämpfen, daß hohe Arbeitslosenunterstützungen nicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen. Die Bekämpfung der Sachfabriken sei eine zweckmäßigste Frage und könne nicht einheitlich oder international geregelt werden. Auch die Beseitigung der Nachtarbeit stelle zwar eine sehr schöne Forderung dar, aber man könne nicht sagen, daß sie im Interesse der Buchdrucker liegen würde. Bezüglich der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag sollte beim Internationalen Arbeitsamt von den internationalen Berufssekretariaten der Sebel etwas tiefer angefaßt werden. *Wigelt* sprach sich ebenfalls gegen die Abschaffung der Nachtarbeit aus, weil damit z. B. eine große Schädigung der Wiener Kollegenschaft verbunden wäre. Die für die gleiche Forderung in den Lebensmittelerzeugern berechtigten Gründe hygienischer Art wären beim Buchdruckgewerbe bei weitem nicht so ausschlaggebend. *Seitz* stimmte den Ausführungen von *Nemecsek* im wesentlichen zu, wünschte jedoch für die Formulierung einer Entschliessung die Ausmerzung verschiedener Widersprüche. Es sei zu beachten, daß die Verhältnisse in den einzelnen Ländern nicht gleich seien, und daß daher nicht alle Vorschläge ohne weiteres überall anwendbar seien. Auch sei zu beachten, daß einzelnen Verbänden nicht Aufgaben zugewiesen werden, die den gewerkschaftlichen Landeszentralen zustehen oder allein vorbehalten sind. In Deutschland ist die öffentliche Arbeitslosenunterstützung schon lange eingeführt. Die Forderung des Achtstundentags ist eine jahrzehntealte Forderung der Arbeiterschaft gewesen und man sollte jetzt, wo diese Forderung endlich erfüllt ist, etwas mehr Gewicht auf andere wichtigere Forderungen legen. Außerdem sei es auch notwendig, manche Frage als eine solche des technischen Fortschritts zu beurteilen, gegen dessen Schattenseiten andre Abwehrmittel als unbrauchbare Verbote zur Anwendung gebracht werden müssen. *Ackermann* verweist auf die Schwierigkeiten bezüglich der Durchführung des Achtstundentags in einzelnen Ländern sowie auf die bei Tarifverhandlungen in Erscheinung tretenden Hemmnisse für berechtigete Forderungen der Allgemeinheit durch Sonderforderungen. Die geforderte Abschaffung der Nachtarbeit könne keine Verringerung der Arbeitslosigkeit bringen, denn gerade durch die Einführung von Nachtschichten statt überflüssigen sei es möglich gewesen, viele Arbeitslose unterzubringen. *Thunissen* spricht sich dagegen aus, daß heute schon eine weitere Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit auf unser Programm geschrieben werde, wenn noch in vielen Ländern zur Erbringung des Achtstundentags große Schwierigkeiten zu überwinden seien. Für gewisse, besonders gefährdete Spezialarbeiter könne zwar eine solche Forderung verstanden werden, nicht aber im allgemeinen. Mit der Bekämpfung von Satz- und Matrizenfabriken hätten die beteiligten Kollegen keine guten Erfahrungen gemacht. Ein taktisches Zusammenarbeiten mit solchen Werksstätten wäre viel zweckmäßiger. *Goldemann* ist der Ansicht, daß die große Arbeitslosigkeit nur mit radikalen Mitteln zu beseitigen sei. Und so gut die Buchdrucker auf andern Ge-

bieten in allen Ländern an erster Stelle stehen, könnte dies auch bezüglich einer weiteren Verlängerung der Arbeitszeit zugunsten der Arbeitslosen der Fall sein. Schaefer tritt dafür ein, daß durch den Kongreß nur Ziele und Forderungen aufgestellt werden sollen, für deren Erreichung die Kräfte der Organisationen tatsächlich ausreichen und keine Beschlüsse gefaßt werden, die schließlich nur auf dem Papier stehen, weil sie nicht in die Praxis umgesetzt werden können. Damit sei weder den Organisationen noch den einzelnen Kollegen gebietet.

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten, in dem er auf Grund der Aussprüche die Berechtigung und Notwendigkeit einer teilweisen Abänderung seiner Entschließung anerkannte, wurde zu diesem Zwecke eine kleinere Kommission eingesetzt, der die Kollegen Seif, Theunissen, Kothenstein und Nemecek angehörten. Das Ergebnis dieser Kommissionsberatung wurde am nächsten Tage durch den Referenten dem Kongreß unterbreitet und führte zur einstimmigen Annahme folgender Entschließung:

Der X. Internationale Buchdruckerkongreß, abgehalten am 8. August 1927 und die folgenden Tage in Paris, beschloß sich eingehend mit der allgemeinen Wirtschaftslage und ihren Auswirkungen auf die Verhältnisse der Buchdrucker. Der Kongreß konstatiert auf Grund der allgemein bekannten Tatsachen, daß das Bestreben des Unternehmertums dahin geht, die Wiederherstellung der Weltwirtschaft auf Kosten der Arbeiterklasse durchzuführen, indem die Löhne der Arbeiter herabgesetzt, die Arbeitszeit verlängert und die Vorteile der Rationalisierung der Arbeit nur dem Unternehmertum zufallen sollen. Gegen diese Bestrebungen wendet sich der X. Internationale Buchdruckerkongreß mit aller Entschiedenheit und fordert die Kollegenschaft auf zum Abwehrkampf gegen derartige Bestrebungen. Den angeschlossenen Verbänden wird zur Pflicht gemacht, den Einfluß der Organisation bei den in Betracht kommenden Institutionen dahin geltend zu machen, daß die Washingtoner Konvention betreffend den Achtstundentag binnen kurzem einer Ratifizierung seitens der gesetzgebenden Körperschaften zugeführt werde, damit durch die prinzipielle Anerkennung des Achtstundentags für sämtliche Berufe die Grundlage geschaffen werde für eine eventuelle weitere Verlängerung der Arbeitszeit unter acht Stunden täglich, welche sich naturgemäß bald als eine zwingende Notwendigkeit zeigen wird, wenn die Zahl der Arbeitslosen nicht wesentlich zurückgeht. Der Internationale Kongreß fordert die Kollegenschaft auf, sich mit aller Entschiedenheit gegen das Überstundenwesen zu stellen, die Überstunden zu bekämpfen und statt Überstunden die Einstellung von Arbeitslosen zu fordern. Gleichzeitig werden die angeschlossenen Verbände aufgefordert, gemeinsam mit der übrigen Arbeiterklasse ihres Landes dahin zu wirken, daß sobald als möglich eine entsprechende staatliche Arbeitslosenversicherung ins Leben gerufen werde, durch welche die Opfer der privatkapitalistischen Produktion zu unterstützen wären.

Den angeschlossenen Verbänden wird es zur Pflicht gemacht, im eigenen Wirkungskreise alles zu unternehmen, was geeignet ist, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Der technischen Entwicklung und der Beschäftigungsfrage ist die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Der Einschränkung von Nachtarbeit ist überall nachzutreten und die Verkürzung der Arbeitszeit für die nachts beschäftigten Kollegen zu fordern.

Ebenfalls einstimmig angenommen wurde folgende Entschließung bezüglich der Lage der italienischen Bucharbeiter:

Der X. Internationale Buchdruckerkongreß stellt mit Bedauern fest, daß die italienischen Bucharbeiter nicht vertreten sind. Er ist der Überzeugung, daß die Kollegen Italiens gerne an den Arbeiten des Kongresses teilgenommen hätten, wenn ihre Organisation nicht durch den Mangel an Unterstützung der Regierung gestört worden wäre.

Der Entzug des Koalitionsrechts durch die Behörden bedeutet der italienischen Arbeiterklasse gegenüber eine Verletzung des Washingtoner Abkommens. Der Kongreß protestiert gegen die Mißachtung des erwähnten Abkommens. Er sendet den ihren Freiheits beraubten Brüdern die aufrichtigsten Grüße und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es ihnen bald vergönnt sein werde, in die Buchdruckerinternationale zurückzutreten.

Hierauf erstattet Krauß namens der Statutenberatungskommission Bericht. Am ersten Stelle erwähnt er verschiedene Statutenänderungen nach den Vorschlägen der Sekretariatskommission. Im Artikel 2, der von den Aufgaben des Internationalen Sekretariats handelt, soll es zukünftig unter c) heißen: Dieser Zweck (Wahrung der materiellen und ideellen Interessen der Buchdrucker aller Länder) soll erreicht werden: „durch Mitwirkung bei der Regelung und Vereinheitlichung der Tarifverhältnisse im Gebiet der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbände.“ Artikel 9 (Beiträge und Extrabeiträge) soll lauten: „Die zum Unterhalt des Internationalen Sekretariats erforderlichen Mittel werden alljährlich durch regelmäßige Beiträge der angeschlossenen Verbände nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl (Vollzahler) und des höchsten Minimalwochenlohnes eines Handsehers im Werktag der Hauptstadt jeden Landes aufgebracht.“ In Artikel 13 (Organisation und Verwaltung des Sekretariats) soll neu eingefügt werden: „Die Wahl des Sekretärs ist von Kongreß zu Kongreß zu beständigen, desgleichen in Artikel 15 deselben Abschnitts: „Den Verbandsvertretern (der Erweiterten Sekretariatskommission) ist je weilen der aufgestellte Vorschlag zur Begünstigung zu unterbreiten.“ Artikel 30 erhält eine dem Wortlaut des angenommenen Antrags Schaefer entsprechende Fassung. Bezüglich des Antrags auf Gründung einer internationalen Widerstandskasse kam es in der Kommission zu keinem direkten Beschluß; es bestand jedoch einmütige Auffassung darüber, daß die internationale Hilfeleistung in der bisherigen Form beibehalten werden möge. Die Kommission schlägt dem Kongreß folgende Entschließung zur Annahme vor:

Der Kongreß bringt zum Ausdruck, daß gegenüber den überall hervorbrechenden Bestrebungen des vereinigten Unternehmertums, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, auch die internationale Solidarität der Arbeiterklasse noch zu stärken ist. Trotzdem der Kongreß die Schaffung einer besonderen Widerstandskasse nicht für notwendig erachtet, weil die bisherige Form der Hilfeleistung durch die Verbände ebenso wirksam gestaltet werden kann, so muß doch das Beschlußverfahren und die Durchführung der gefaßten Beschlüsse wesentlich vereinfacht werden, um eine möglichst schnelle Hilfeleistung zu gewährleisten.

Der Kongreß beschließt deshalb, daß künftig an Stelle der Verbandsvorstände die Erweiterte Sekretariatskommission über die Unterstützung zu beschließen hat. Alle Verbände sind im Falle einer Beschlußfassung auf Unterstützung eines Streiks oder einer Aussperrung verpflichtet, die auf sie entfallenden Summen sofort, und zwar direkt an den zu unterstützenden Verband, zu leisten. Dem Sekretariat ist gleichzeitig von der Verwendung Mittelung zu machen. Die Befreiung eines Verbandes von der Unterstützungspflicht kann nur bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände auf besonderen Antrag durch die Erweiterte Sekretariatskommission erfolgen.

Einem Antrage des Ungarischen Buchdruckerarbeiterverbandes auf Ausgestaltung der Jahresberichte des Internationalen Sekretariats durch wichtigere statistische Angaben über das Buchgewerbe wird vom Sekretariat entprochen werden. Der Antrag des Niederländischen Verbandes auf Herausgabe der „Mitteilungen“ des Internationalen Sekretariats auch in Esperanto fand keine Be-

fürwortung in der Kommission. Diese hat es nicht für zweckmäßig gehalten, Erhebungen über die Kostenfrage anzustellen, weil sie überzeugt war, daß die entstehenden Kosten der Nutzen nicht aufwiegen. Es sind früher bereits kleine Mitteilungen in Esperanto veranschaulicht herausgegeben worden. Eine weitere Anregung war der Wals, für Einstellungen im Sekretariat die Kenntnis des Esperanto zur Vorbedingung zu machen und zur Propaganda einzelne Zeile der „Mitteilungen“ in Esperanto erscheinen zu lassen, wurde ebenfalls abgelehnt, weil die Qualifikation eines Funktionärs nicht von der Kenntnis des Esperanto abhängig gemacht werden sollte. Bezüglich des jugoslawischen Antrags, der die Aufnahme des russischen polygraphischen Verbandes in die Buchdruckerinternationale bzw. die Übernahme einer Vermittlerrolle zwischen Amsterdam und Moskau bezweckt, schloß sich die Kommission dem Standpunkt an, den der Sekretär bei Erstattung des Geschäftsberichts vertrat, wonach in der gegenwärtigen Situation die Übernahme einer Vermittlerrolle zwecklos wäre. Kommen die Russen dem Beschlusse des Hamburger Kongresses nach, dann sollen sie uns willkommen sein. In Verfolg eines von Rumänien gestellten Antrags betreffs Aufhebung des Visums zur ungehinderten Reise ins Ausland gibt die Kommission dem Wunsch Ausdruck, das Sekretariat anzuweisen, in Verbindung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund auf eine Befestigung der Passsicherheit hinzuwirken.

Nach einer kurzen Diskussion über den Kommissionsbericht und nachdem die Zurückziehung des belgischen Antrags auf Gründung einer internationalen Widerstandskasse zugunsten der von der Kommission gefaßten Entschließung erfolgt ist, wurden sämtliche Kommissionsvorschläge vom Kongreß einstimmig angenommen.

Schlumpff dankt im Anschluß hieran den Kommissionsmitgliedern für ihre ersprießliche Arbeit und konstatiert, daß hinfür keine Schwierigkeiten für den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen mehr bestehen, nachdem vom französischen Verbände das Zugeständnis vorliegt, daß der von den reisenden Kollegen verlangte Beitrag vom Vatikan in Abzug gebracht werden soll.

Lichon dankt speziell den Berner Kollegen, die alles getan haben, die Einigkeit in unserer Internationale zu fördern, für welche Anerkennung Schlumpff dankend quittiert.

Beim Punkt 9: „Wahl desjenigen Verbandes, in dessen Gebiet das Internationale Sekretariat seinen Sitz aufzuschlagen hat“, ergibt sich eine große Mehrheit für den Schweizerischen Typographenbund. Schlumpff spricht für dieses Vertrauen seinen Dank aus.

Unter Punkt 10 erfolgt sodann die Wahl des internationalen Sekretärs; aus der Kollege Grünbacher mit Einstimmigkeit hervorgeht. Dieser dankt für das ihm erwiesene Vertrauen, das ihm ein Ansporn sein soll, noch mehr und noch Besseres zu leisten zur Festigung unserer Internationale, und verbindet damit seinen Dank für die bisherige Mitarbeit der Verbandsvorstände.

Die Zusammensetzung der Erweiterten Sekretariatskommission (Punkt 11) wird nicht verändert.

Bei Punkt 12: „Auf verschiedene“ nimmt Krauß Verantwortung, den Dank des Kongresses an die Übersetzer (in erster Linie an den Kollegen Leon Bannwart aus Zürich) sowie an das Bureau für die außerordentlich geschickte Leitung abzustatten.

Nemecek dankt dem französischen Verbände und dem Zentralkomitee für den den Kongreßteilnehmern in der „Stadt des Lichts“ bereiteten Brüderlichen Empfang und die gastfreundliche Aufnahme.

Das schuldbeladene Amerika

In den letzten zwölf Jahren hat Amerika zweimal ein Schauspiel aufgeführt, das die ganze Welt in Aufregung und Staunen setzte: Das eine Mal, als Wilson, der Präsident der U. S. A., einen gerechten Weltfrieden auf der Grundlage eines wahren, alle Staaten umfassenden Völkerbundes verlangte, und jetzt mit dem Sacco-Banzetti-Prozeß! Das erstmal trat Amerika in der Rolle des Welt-erlösers auf, der die gequälte Menschheit von den ewig sich wiederholenden Kriegen befreien und ihr eine neue Hoffnung, einen neuen Glauben geben sollte. Wie ganz anders ist die jetzige Rolle! Kalblütig werden zwei unschuldige Menschen, die sieben lange Jahre in brutaler Art gefoltert wurden, dem grauenhaften elektrischen Stuhl überliefert. Das eine Mal wurde das Weltgewissen freudig gebekt, das andere Mal rückstichlos vergewaltigt. Was aber ist aus dem Völkerbundamerika geworden? Kaum war Wilson nach dem Waffenstillstand als Friedensapostel in Europa erschienen, um das von ihm entwickelte Programm in die Praxis umzusetzen, da wurden Stimmen laut, die anzeigten, daß Wilson gar nicht im Namen Amerikas sprach! Als dann endlich der Friedensvertrag zusammengeleimt, war Wilson für Amerika ein toter Mann! Heute steht fest, daß gerade Amerika in jener dunklen Periode von 1919 elendig verlagte. Egoismus, Heißhunger und die Sucht nach Geld leiteten auch in Amerika in jenen „Friedensstagen“ von Paris. Schon damals flüchte es sich als großer Welt-diktator und trug so einen großen Teil der Schuld an den durch die Friedensverträge geschaffenen unfaßbaren Zuständen.

Und nun dieser Sacco-Banzetti-Standal, der am besten mit dem französischen Dreyfus-Standal verglichen werden kann. Wie anders aber gingen damals die Wege in Frank-

reich hoch! Es waren nicht die Proteste des Auslandes, das damals ebenso aufgewühlt war wie heute, die den Dreyfus-Handel zu einem glücklichen Ende führten, sondern die Wucht der öffentlichen Meinung in Frankreich selbst, die sich in Amerika als machtslos erwiesen hat. Unsere deutschen Kommunisten überschlugen sich in Bornmärzen gegen die Gewerkschaften, weil nicht zum Generallstreik aufgerufen wurde. Armfelige Tröpfe! Der Sturm der Entrüstung, der durch die Länder ging, war wirklich stark genug. Was aber bei diesem Standal passierte, das war eine starke, einflußgebietende amerikanische Arbeiterbewegung. In keinem Lande Europas wäre etwas Ähnliches möglich gewesen. Dieser erhabene, auf Europa mit Geringschätzung herab- blickende Amerikanismus steht vor den Augen der Welt gerichtet da. Und in der Tat, welch abscheulicher Sumpf hat sich da aufgetan? Man betrachte sich doch diesen Abschaum einer Justiz: die eiskalte Selbstsucht und das niedrige Nachgebührens als Geldschlupperei, der wahllos und wütend seine Gegner niederschlagen möchte und sich aus diesen Staatsbeamten, diesen Richtern, diesen Henkern- knechten eine Schutzgarde schafft. Erweckt es nicht den Anschein, als wenn selbst die Anfänge einer Zivilisation fehlten? Um das Verrechtete dieses „Gerechtigkeitsfinnes“ in seiner ganzen Niedrigkeit begreifen zu können, sei der Tatbestand noch einmal skizziert. Zur Verhängung der inneren Triebfeder des verübten Justizverbrechens ist es erforderlich, sich in das amerikanische Mittel von 1920 zurückzuversetzen, als Sacco und Banzetti dem Polizeimechanismus in die Hände fielen. Trotzdem die dortige Arbeiterbewegung äußerst schwach ist und der Sozialismus kaum Fuß gefaßt hat, herrschte im „honeten Bürgertum“ undbeschränkte Angst gegen alles, was nach Sozialismus oder Kommunismus roch. 1920, als die revolutionären Wogen in Europa hoch gingen und der Volkswutismus in

der Blüte stand, glaubte man, sich in Amerika gegen die drohende „rote Gefahr“ absperrn zu müssen. Diese „rote Gefahr“ führte zunächst zu einer schroffen Beschränkung der Einwanderung. Das Land wurde in eine Art Ausnahmezustand erklärt und gegen die „Roten“ eine große Razzia organisiert. Verhaftungen wurden in Massen unter den eingewanderten Italienern, Russen, Spaniern usw. vorgenommen und alle des Landes verwiesen. Während dieser Schreckensherrschaft ereigneten sich zwei aufsehenerregende Fälle. Erstens, im Silben von Braintree, im Staate Massachusetts wurden auf offener Straße zwei Kassenboten, die 15 000 Dollar Rohingelber bei sich trugen, von zwei Männern erschossen und beraubt, ein Auto fuhr vor mit drei Insassen, die mit den Mördern zugleich entkam. Die verwogene Tat war das Werk eines Augenblicks: Niemand hatte so recht bemerkt was vorgegangen, nur glaubte man fünf dunkle Ausländer bemerkt zu haben, die im Auto davonrafften. Zweitens, unter den verhafteten „Roten“ befand sich auch ein Gesinnungsgenosse von Sacco und Banzetti mit Namen Salsedo, der aus dem Fenster des hohen Polizeigebäudes stürzte und sofort tot war. Große Aufregung herrschte unter den Ausländern. War Salsedo aus dem Fenster geworfen worden, oder hatte er sich aus Angst vor den zu erwartenden Torturen aus dem Fenster gestürzt? Es entstand unter dem ausländischen Element eine Protestbewegung gegen das brutale Vorgehen der Polizei. Unter den Organisatoren befanden sich Sacco und Banzetti, die dadurch die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich lenkten. Und warum auch nicht? Waren es auch keine Kommunisten, so waren es doch Anarchisten, und das genügt, um sie des Mordes anzuklagen. In ihrer Angst vor der Ausweisung haben die beiden in der Tat unwahre und widersprechende Aussagen gemacht, aber vor Gericht legten sie ein einwandfreies Alibi ab. Wie die „Beweise“ gegen die Unglücklichen

